

Wien, am Dienstag, den 28. Dezember 1926.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 28. Dezember 1926.

Fortsetzung der Spezialdebatte in der Beratung des Voranschlags

Bürgermeister Seitz eröffnet um zehn Uhr vormittags die Sitzung und erteilt dem Gemeinderat Preyer (chr. soz.) das Wort.

G.R. Preyer: Die Steuerpolitik der Gemeinderatsmehrheit ruiniert Handel, Gewerbe und Industrie und trifft dabei die gesamte Arbeiterschaft auf das Schwerste. Daher ist es billig, wenn man sagt, die Sozialdemokratie ist an der Wirtschaftskrise schuld. Sie haben eine Reihe von Steuern, die indirekte Steuern sind. So die Fürsorgeabgabe, die Nahrungs- und Genussmittelabgabe und auch die Lustbarkeitsabgabe ist vielfach eine indirekte Steuer. Eine harte Belastung der Bevölkerung ist durch die Wohnbausteuern gegeben. Ich verweise auch auf eine Steuer, deren Auswirkung sehr hart die Angestellten und Arbeiter trifft, auf die Autosteuer. Durch eine Ermäßigung würde die Produktion gehoben und die Absatzmöglichkeit der Autoindustrie, die darnieder liegt, geschaffen werden. Wir haben an Sie die Forderung gestellt, Steuerermäßigungen von zwanzig Millionen Schilling zu gewähren. Unsere Anträge wurden abgelehnt. Ihr Grundsatz ist: Alles muss zugrunde gerichtet werden. Und doch wäre es Ihre Aufgabe, die wirtschaftliche Lage zu heben und zu fördern. Trotzdem Sie für das Budget ein Defizit von 673 Milliarden veranschlagt haben, sind wir überzeugt, dass daraus ein bedeutender Ueberschuss werden wird. Gegen diese Unaufrichtigkeit der Budgetierung müssen wir im Interesse des Handels, des Gewerbes und der Industrie, im Interesse der gesamten Bevölkerung, der Arbeiter und Angestellten protestieren. Was Sie tun, ist gegen die Tradition der Sozialdemokratie. Der Mieterschutz, den Sie verteidigen, steht ja auch nur auf dem Papier. Mietkommissionen entscheidend für den dreißausendfachen, viertausendfachen und fünftausendfachen Mietzins. Und gerade diese hohen Mieten treffen die Arbeiter, den Mittelstand, die Kleinrentner, die ärmere Bevölkerung. Ihre Politik trifft die Arbeiter und Angestellten. Die Reichen, die in guten Häusern wohnen, im Palästen und auf der Ringstrasse, für die gilt der Mieterschutz, denn Sie verteidigen. Warum wenden Sie den Mieterschutz nicht für die Mieter in den Gemeindehäusern an? Es gibt auch in Ihren Wohnbauten keinen Kündigungschutz. Wo Sie den Mieterschutz verteidigen könnten und sollten, dort verteidigen Sie ihn nicht.

Ihre Finanzpolitik läuft nur dahin hinaus, Ihre parteipolitischen Interessen zu fördern. Bei Ihrer Finanzpolitik gibt es keine Kontrolle sie ist für uns ein Kreuzworträtsel. Deshalb ist ja auch unsere Kritik berechtigt. Wir sind hier in diesem Saale die Ankläger und die Gemeinderatsmehrheit sind die Angeklagten; aber die Angeklagten bleiben dem Gerichtssaal fern, sie lassen den Gemeinderatssaal im Stich, Breitner, der Verteidiger, hält sein Plaidoyer, dann kommen die anderen herein und die Breitnererei ist gerettet. Die Bevölkerung aber hat mehr Interesse an dem Budget als die sozialdemokratischen Gemeinderäte. Die Bevölkerung hat Ihre Finanzpolitik schon erkannt und in ganz entschiedener Weise gegen Sie Stellung genommen.

Wo haben Sie Steuern, die Sie nur von den Besitzenden nehmen?

Die Fürsorgeabgabe ist eine Lohnsteuer, die freilich der Unternehmer bezahlt, aber auf die Konsumenten und Arbeiter abfällt. Die Fürsorgeabgabe ist eine unmoralische Steuer. Die Wohnbausteuern haben Sie in diesem Budget mit 353 Milliarden präliminiert. Ob Arbeitslos, ob es ein Pfründner ist, ein Kleinrentner, ein armer Student, eine kranke Arbeiterin, eine arme Heimbewohnerin, jeder arme Teufel muss für die kleinste Kammer die Wohnbausteuern zahlen. Stadtrat Breitner kennt hier keine Rücksichten, er nimmt die Wohnbausteuern von den Stärksten und von den Schwächsten. Wir haben schon im Jahre 1923 verlangt, man möge die Arbeitslosen von der Wohnbausteuern befreien. Abgelehnt. Von der Arbeitslosenunterstützung nimmt Ihnen die Gemeinde Wien noch die Wohnbausteuern weg. Für Sie gilt der Arbeitslose schon als Besitzer. Wie Sie jetzt unsere Forderungen abgelehnt haben, so haben Sie auch damals diese Forderung abgelehnt. Nur das gilt, was Sie wollen, in diesem Falle und in allen übrigen Fällen.

Der Redner bespricht dann ausführlich die einzelnen Abgaben und Steuern. Bei der Erörterung der Fürsorgeabgabe kritisiert Gemeinderat Preyer die Behandlung der nichtsozialdemokratischen Pfründner im Versorgungsheim Lanz. In seinen Ausführungen über die Nahrungs- und Genussmittelabgabe hebt er besonders die Besteuerung von kleinen Gemischtwarenhändlern hervor, die für kleine Stellwerkautomaten, die sie in ihren Geschäften haben, eine Nahrungs- und Genussmittelabgabe von acht Prozent leisten müssen. Redner schliesst seine Ausführungen: Die Gruppe II entbehrt der Aufrichtigkeit und Wahrheit; sie ist schuld an dem Elend dieser Stadt, an dem Niedergang des Handels, der Gewerbe und der Industrie und deswegen können wir für sie nicht stimmen. (Starker Beifall bei den Christlichsozialen).

G.R. Preyer hat seine Ausführungen kurz vor ein Uhr beendet. Gemeinderat Hofbauer (soz. dem.) stellt den Antrag auf Schluss der Debatte. Der Antrag wird von den Christlichsozialen mit Entrüstung und Rufen wie: Scharfrichten, aufgenommen. Als der Antrag und der weitere Antrag auf Wahl von Generalrednern von der Mehrheit angenommen wurde, entsteht bei den Christlichsozialen ein Tumult. Pfeifzüge schwirren durch den Saal, mitgebrachte Pfeiferln ertönen und Rufe: Das ist die Demokratie. Unter andauernden Lärm schliesst Gemeinderat Schorsch als Vorsitzender knapp nach ein Uhr die Sitzung.

Nächste Sitzung heute vier Uhr nachmittags.

*** **

Zur Spezialdebatte der Gruppe II waren noch folgende Redner der Christlichsozialen vorgemerkt: Die Gemeinderäte Merbaul, Paulitschke, Uebelhör, Binder, Panosch, Erban, Hörmayr, Waldschmid, Doppler, Müller, Angermayer, Dirisamer, Dr. Motzko, Kanschak, Huber und Elend.

28/12

✓